

15.12.2021

Vorlage für die Sitzung des Europaausschusses

am 16.12.2021

## **Antrag**

der Fraktion der SPD

### **Entschließung zur Konferenz zur Zukunft Europas**

Der Landtag wolle beschließen:

Angesichts der aktuellen Herausforderungen, vor denen Europa und die EU-Institutionen heute stehen, ist es mehr denn je notwendig, das Wissen über Europa und das Bewusstsein für das, was Europa für die Menschen leistet, zu stärken sowie die Unionsbürgerinnen und -bürger besser als bisher an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Die Konferenz zur Zukunft Europas bietet allen Bürgerinnen und Bürgern Europas die Möglichkeit, ihre Vorstellungen und Ideen von einer Zukunft der EU und ihrer Gestaltung direkt einzubringen. Auch die regionalen Parlamente sind zu einer aktiven Beteiligung aufgerufen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstützt erforderliche Vertragsänderungen für Reformen der EU-Institutionen. Die Konferenz sollte dafür in einen verfassungsgebenden Konvent münden, der zu einer Stärkung der demokratischen Teilhabe der EU-Bürgerinnen und Bürger führt.

Auf der Grundlage einer umfangreichen schriftlichen und mündlichen Anhörung zu Fragen der Demokratie und Beteiligung, der Regionen und speziell der Grenzregionen, der Wirtschafts-, Klima- und Sozialpolitik und der Außenpolitik bringt der Schleswig-Holsteinische Landtag folgende Anregungen in die Konferenz zur Zukunft Europas ein:

#### **Demokratie und Beteiligung stärken**

Dazu gehört:

- die europäischen Werte und ihre Durchsetzung zu stärken
- europäische Wahllisten für die Wahl zum Europäischen Parlament einzuführen
- das Europäische Parlament mit einem Initiativrecht zu stärken

- bei der Weiterentwicklung der EU die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit zu wahren
- mehr Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen und u.a. das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative weiterzuentwickeln
- eine europäische Öffentlichkeit zu schaffen, über die der politische Diskurs auf europäischer Ebene transparent und nachvollziehbar vermittelt wird
- persönliche Kontakte zu fördern

## **Junge Menschen unterstützen und einbeziehen**

Dazu gehört:

- das Wahlalter 16 für die Wahlen zum Europäischen Parlament einzuführen
- das von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Programm ALMA (Aim, Learn, Master, Achieve) zu unterstützen
- das Austausch-Programm Erasmus+ weiter auszubauen, insbesondere auch für Auszubildende, und stärker zu bewerben sowie eine verbindliche Sprachausbildung in der beruflichen Bildung einzuführen
- Ausbildungsgänge zu überprüfen und ggf. anzupassen, um Zeiten von Auslandsaufenthalten im Rahmen der Ausbildung zu ermöglichen und zu honorieren
- europapolitische Themen in den Fachunterricht aller Schulformen einzubeziehen sowie Planspiele und Aktionstage zu organisieren und durchzuführen
- das Netz an Schulpartnerschaften weiter auszubauen
- Jugendaustausche im Ostseeraum stärker zu fördern

## **Soziales Europa umsetzen**

Dazu gehört:

- die Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) aktiv umzusetzen und ihre Ziele in die Verordnungen und Richtlinien für die EU-Strukturfonds aufzunehmen
- auf regionaler Ebene mehr Mittel für die Integration transnationaler mobiler Arbeitskräfte zur Verfügung stellen
- den notwendigen ökologischen Wandel sozialverträglich zu gestalten
- angemessene Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten der EU einzuführen
- das soziale Unternehmertum zu stärken

## **Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung voranbringen**

Dazu gehört:

- die Maßnahmen des Green Deal europaweit und in den Regionen ambitioniert umzusetzen
- mit einem Lieferkettengesetz die verpflichtende Einhaltung sozialer und ökologischer Standards weltweit sicherzustellen
- den notwendigen ökologischen Wandel auch finanziell zu untermauern

## **Minderheitenrechte schützen und durchsetzen**

Dazu gehört:

- die Ziele der Europäischen Bürgerinitiative Minority Safepack (MSPI) zu unterstützen und deren konkrete Umsetzung voranzutreiben
- einen gemeinsamen Rahmen von EU-Mindeststandards für den Schutz der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören, zu schaffen
- die Sichtbarkeit der Minderheiten durch verstärktes „Minority Mainstreaming“ zu verbessern
- eine/einen EU-Kommissarin/EU-Kommissar für Minderheiten zu etablieren
- das Geo-Blocking zu beenden
- den Mehrwert der Mehrsprachigkeit und der interkulturellen Kompetenzen nationaler Minderheiten anzuerkennen und in EU-Entwicklungsstrategien und Finanzierungsprogrammen zu berücksichtigen
- die Minderheiten stärker in die Planungen regionaler Behörden einbeziehen
- den Schulunterricht in Minderheitensprachen in Regionen mit autochthonen Minderheiten einzuführen

## **Grenzregionen fördern**

Dazu gehört:

- die Kompetenzen und Möglichkeiten der Grenzregionen für den kulturellen Austausch und die kulturelle Verständigung innerhalb Europas durch mehr kulturelle Förderprogramme zu stärken
- das Potential der Grenzregionen für ein dauerhaft friedliches Zusammenleben der Staaten anzuerkennen und zu nutzen
- im Umgang mit Geflüchteten an den Außengrenzen die europäischen Werte mit dem politischen Handeln in dieser Frage in Einklang zu bringen
- die Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verbessern und u.a. die Beratung für Grenzpendler zu institutionalisieren und langfristig zu fördern
- die digitalen Systeme EU-weit zu vereinheitlichen und u.a. eine EU-ID einzuführen

Regina Poersch  
und Fraktion